

### III

## Trier 1945: Universitätsstadt – Trümmerstadt

### I. Trier und die alte Universität

1945 lag das Ende der Trierer Universitätsgeschichte beinahe 150 Jahre zurück. Die erste Universität in der Stadt war 1473 als die damals 14. im Heiligen Römischen Reich gegründet worden.<sup>1</sup> Die Einrichtung der Universität<sup>2</sup> verweist auf die Dürftigkeit ihrer Voraussetzungen, die im Grunde über die folgenden 325 Jahre fortbestehen sollten.

Beinahe 20 Jahre zuvor hatte der amtierende Kurfürst Jakob von Sierck in einem Bittschreiben an Papst Nikolaus V. eine Gründung angestrebt. Die erforderlichen päpstlichen Bullen hatte er 1454 oder 1455 erhalten, namentlich für ein „Studium Generale“. An dessen Umsetzung wurde der Landesherr durch seinen Tod 1456 jedoch gehindert. Sein Nachfolger, Erzbischof Johann von Baden, zeigte weder bei seiner Amtseinführung noch später ein größeres Interesse an der Universität. Er verkaufte dem Trierer Magistrat die päpstlichen Gründungsbullen, der sich seinerseits zur Finanzierung aus lokalen kirchlichen Mitteln verpflichtete. Letztlich hatte die Universität, wie Emil Zenz es ausdrückte<sup>3</sup>, einen „halb städtischen und halb landesherrlichen Charakter“, was zumindest für die ersten Jahrzehnte nach der Gründung zutreffen dürfte. Unter anderem machte sich dies bei der Infragestellung der rechtlichen Immunität der Professoren durch den

---

1 Vgl. TRAUTH, *Begegnung*, S. 33.

2 Im Zusammenhang der Universitätsgründung ist maßgeblich auf die Forschungen von Michael Matheus zu verweisen. Vgl. insbes. MATHEUS, *Trierer Universität* (1996).

3 ZENZ, *Trierer Universität*, S. 17.

Magistrat bemerkbar.<sup>4</sup> Die Finanzierung der Universität sollte ursprünglich durch die Eingliederung („Inkorporation“) von geistlichen Stellen gesichert werden. Die mit der Gründung der Universität in Aussicht gestellten weiteren Pfründen stehen nicht per se für eine Mangelfinanzierung. Diese Fundierung war auch bei frühen Universitätsgründungen wie etwa in Mainz, Erfurt, Tübingen oder Ingolstadt üblich. Auch die Beteiligung von Städten bei der Gründung und Unterhaltung von Universitäten war in der einen oder anderen Form im 15. Jahrhundert durchaus verbreitet.<sup>5</sup> Dazu passt einer der frühesten Reformversuche an der Universität Trier<sup>6</sup> durch den reformierten Theologen Caspar Olevian. Dessen Berufung zum Lektor an die Philosophische Fakultät war nämlich auf Geheiß eines der beiden Bürgermeister erfolgt. Dies war der initiale und zentrale Akt der stadttrierischen Reformationsgeschichte. Doch bereits nach einem Jahr, 1560, verließ Olevian den Kurstaat gen Heidelberg, wo der erste reformierte Kurfürst der Pfalz, Friedrich III., ihm und den Trierer „Konfessionisten“ ein Refugium angeboten hatte. 1561 berief Kurfürst Kaspar von der Leyen die Jesuiten nach Trier.<sup>7</sup> 12 Patres bildeten das dortige Kolleg, das sofort die Leitung der Theologischen wie der Philosophischen Fakultät an der „Hohen Schule“ antrat. Ein Jahr später, 1562, kamen die Jesuiten auch nach Mainz.<sup>8</sup> In den beiden Nachfolgedezennien, bis zum abschlägig beschiedenen Reichsunmittelbarkeitsanspruch des Trierer Magistrats 1580, ist schwerlich auf ein harmonisches Verhältnis von Stadt und Jesuiten zu schließen. Unter dieser Voraussetzung ist es nur plausibel, dass wirksame Impulse auf die klerikale Ausprägung der Universität zumindest seitens der Stadt in der Folge ausblieben. Seit 1561 lehrten an der Trierer Theologischen und kurz danach auch an der Philosophischen Fakultät ausschließlich Professoren, die Angehörige des Jesuitenordens waren.<sup>9</sup> Mit dem Einzug der Jesuiten transformierte sich die Universität folglich zu einer „Theologenschule mit philosophischem Propädeutikum“. <sup>10</sup> Um 1580 soll die Hörerzahl in der Theologie auf rund 1.000 Studenten gestiegen sein.<sup>11</sup> Das scheint allerdings zweifelhaft, weil die von den Jesuiten genannten Zahlen regelmäßig übertrieben wurden. 1473 begann die Universität ihren Lehrbetrieb mit 120 Immatrikulationen.

Die Jesuiten besaßen nach Auskunft der von ihnen selbst aufgesetzten neuen Statuten von 1560/1561 das Selbstverständnis und vertraten auch rechtlich den Anspruch, ein „Statum integrum“ gegenüber der Universität zu besitzen.<sup>12</sup> Erst im 18. Jahrhundert regte

---

4 Vgl. ebd., S. 38.

5 Vgl. SCHUBERT, *Motive und Probleme*.

6 Vgl. u.a. MÜHLING, *Caspar Olevian*, S. 35–48 (Lit.).

7 Vgl. HENGST, *Jesuiten*, S. 110–116, hier insbes. S. 111.

8 Vgl. ebd., S. 116–117.

9 Ebd., S. 114–115.

10 Zit. TRAUTH, *Begegnung*, S. 35.

11 Diese von ZENZ, *Trierer Universität*, S. 45 genannte Zahl ist in der Literatur wiederholt ungeprüft wiedergegeben worden.

12 Vgl. TRAUTH, *Begegnung*, S. 36–39.

sich Widerstand der Trierer Kurfürsten gegen die ökonomischen, rechtlichen und auch ideologischen Ansprüche der Jesuiten, unter deren Ägide der Zweck der Universität als Pflanzstätte einer akademischen Elite außerhalb der Theologie praktisch unerfüllt geblieben war. Dies bewog den Kurfürsten Franz Ludwig von der Pfalz dazu, die erste gehaltvolle, allerdings auf institutionelle bzw. organisatorische Aspekte beschränkte Reform an der Universität durchzusetzen. Deren erklärtes Ziel war es, den weltlichen Fakultäten zu neuem Leben zu verhelfen. Tatsächlich sollten die mit den Ständen vereinbarten 1.200 Reichstaler jährlich die gesamte Juristische Fakultät abdecken – und im Grunde nur diese. In der mit den kümmerlichen Restmitteln bedachten Medizin sollte es bei zwei Professuren bleiben. Das Fehlen der Anatomie sowie propädeutischer Lehrfelder drückte besonders auf die Qualität der Ausbildung, ganz zu schweigen von den versteinerten Lehrmethoden, die noch immer auf Aphorismen und Diktaten beruhten.<sup>13</sup> Die Reform von 1722 setzte zwar vergleichsweise früh an, blieb aber selbst in ihrem engen Rahmen hinter den damaligen Erfordernissen zurück. Die Ausübung eines Professorenamts in Trier galt als nicht lukrativ, wenn nicht gar als ehrmindernd.

„Die kanonische Gesamtheit der Wissenschaften“, so Michael Trauth, „gab es in Trier bis zur Reform des Kurfürsten Franz Ludwig (1722) jedenfalls nur mehr dem Namen nach“.<sup>14</sup> Längst war die Hochschule der Konkurrenz auch im katholischen Umfeld erlegen. Die Reformansätze im Geiste des Episkopalismus typischerweise in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts speisten sich vornehmlich aus staatskirchlichen Erwägungen, die sich an der Monopolstellung der Jesuiten stießen. Zu den konkreten Maßnahmen in diesem Zusammenhang zählte die 1750 durchgeführte Generalvisitation durch den Kurfürsten auf Initiative der Professoren Georg Christoph Neller und Nikolaus von Hontheim.<sup>15</sup> Möglicherweise war die Klage über den Zustand der Fächer Jura und der Medizin in gewissem Grade ein Vorwand, um gegen die Jesuiten vorzugehen, denn diese hatten an den weltlichen Fakultäten keinen Anteil.<sup>16</sup> Strukturelle Veränderungen an der Universität sind damit aber nicht zu erkennen, was Trauth im Hinblick auf die fortschreitende Vetternwirtschaft bei der Stellenvergabe unter den Juristen sichtbar gemacht hat.<sup>17</sup> Die Praxis trug maßgeblich dazu bei, dass versäumt wurde, die fachliche Weiterentwicklung der Rechtswissenschaften im 18. Jahrhundert auch in Trier zu teilen.<sup>18</sup>

Die Fernhaltung Glaubensfremder musste sich als besonders nachteilig erweisen. Schließlich wurden auch im so genannten Aufgeklärten Absolutismus, der sich im Trie-

---

13 Vgl. maßgeblich ebd., Kap. C, hier S. 73.

14 Zit. ebd., S. 36.

15 Vgl. ebd., S. 116–122 (Neller) u. 122–125 (Hontheim).

16 Vgl. diesbzgl. die Angaben bei KRAUSE, Rechtswissenschaften, S. 14, Anm. 2–3.

17 Vgl. TRAUTH, Begegnung, S. 49–52 mit Anm. 25–26. Dagegen KRAUSE, Rechtswissenschaften, S. 91–92, der die Existenz bzw. Vergabe von „Erbprofessuren“ an der Fakultät verneint.

18 Vgl. TRAUTH, Begegnung, S. 52–53.

rer Kurstaat ab 1768 mit der Person des Kurfürsten Clemens Wenzeslaus von Sachsen verbindet, über eine 1784 dekretierte „beschränkte Toleranz“ hinaus<sup>19</sup> keine wirkungsvollen Gesetze erlassen. Die Öffnung der Universität für Nichtkatholiken blieb weiterhin aus. Auch die von höherer Stelle verfügte Aufhebung des Jesuitenordens bedeutete keinen tiefen Einschnitt für die Universität<sup>20</sup>, zumal Clemens Wenzeslaus, ein Onkel des 1793 hingerichteten französischen Königs, gegenüber den Ex-Jesuiten befangen blieb. Ein Zentrum des Reformkatholizismus ist Trier somit, anders als das schwäbische Dillingen, das Kurfürst Clemens Wenzeslaus als Fürstbischof von Augsburg ebenfalls unterstand, nicht geworden. Vor diesem Hintergrund nahm die Trierer Bürgerschaft wieder einen größeren Anteil an der Situation der Universität<sup>21</sup>: Im Herbst 1789 urteilte eine zur Dokumentation der Missstände im Kurstaat beauftragte Kommission, die Universität liege danieder und werde „sonderlich von Juristen fast gar nicht mehr besucht“.<sup>22</sup> Bei diesem Lamento blieb es. Im Oktober 1792, endgültig dann zwei Jahre später, floh der Kurfürst aus dem Trierer Kurstaat. In Trier hatte er bis dahin so gut wie keine Präsenz gezeigt. 1798, im fünften Jahr der französischen Besatzung, wurde die Universität Trier kraft eines kurzen Erlasses der französischen Besatzungsverwaltung aufgehoben. Dasselbe Los traf die Universitäten Mainz, Köln und die Akademie in Bonn.<sup>23</sup>

Die städtische Beteiligung an der Gründung und Ausgestaltung der Universität in verschiedenen Zeiten erlaubt es mit einer gewissen Berechtigung, die alte Universität als eine bürgerschaftliche Errungenschaft anzusehen. Dabei räumte auch Emil Zenz ein, dass sich Stadt und Universität unter den Bedingungen des jesuitischen sowie des landesfürstlichen Einflusses mit der Zeit voneinander entfremdeten. Was schlecht erforscht und leider auch dokumentiert, im Übrigen weitgehend eine Ermessensfrage ist, muss an dieser Stelle nicht bewertet werden. Tatsache bleibt, dass die Reminiszenz an die alte, durchweg katholische Universität nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder bemüht wurde. Aussagen darüber, was sie konkret geleistet oder hervorgebracht hatte, wurden indes meist hintangestellt.

---

19 Vgl. FRANZ, Morgenglanz, S. 113–128.

20 Vgl. TRAUTH, Begegnung, S. 54–55 u. 147.

21 Vgl. etwa RAPP, Stadtverfassung, S. 267.

22 Zit. nach ebd., S. 186.

23 Verordnung vom 28.4.1798 in: DANIELS, Handbuch, Nr. 285, S. 671–674.

## 2. Vom Wiener Kongress bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs: Unerfüllte Hoffnungen auf eine Universität in Trier

Infolge der als kaltherzig wahrgenommenen Schließung der alten Universität bemühten sich einige prominente Bürger noch in französischer Zeit – unter ihnen der vermögende „Notable“ Christoph Philipp Nell –, in Paris einen Ersatz für die geschlossene Universität zu erwirken. Dabei dachte man daran, die, wie es sich herausstellte, einzige Universitätsgründung, die 1806 in Koblenz eingerichtete Rechtsschule (seit 1811 „Fakultät“) nach Trier zu verlegen, angeblich weil sich der Zuspruch in Koblenz als enttäuschend erwiesen habe.<sup>24</sup> 1808 fragte man daher bei Louis de Fontanes an, dem „Grand-Maître“, der im Kaiserreich unter Napoleon Bonaparte de facto als Bildungsminister für das französische Hochschulwesen zuständig war. 1811 fanden sich Trierer und nun auch Mainzer Repräsentanten Seite an Seite mit denselben Interessen in einem, so Hansgeorg Molitor, „Standortgerangel der rheinischen Metropolen“. Von Trierer Warte aus warf man die angeblich sehr günstige Lage der Stadt, den geübten Umgang mit der französischen Sprache, die Güte der hiesigen Bibliothek und den Charakter des uralten Wissenschaftsstandorts in die Waagschale. Allein, die Ansprachen blieben ungehört, und Koblenz behielt seine Rechtsschule bis zum Ende der französischen Herrschaft im Linksrheinischen. 1817, also kurz nach der preußischen Herrschaftsübernahme, wurde die Einrichtung aufgelöst.

Mit den Hoffnungen und Bemühungen der Stadt Trier im nunmehr ‚preußischen‘ 19. Jahrhundert auf eine „Wiedereröffnung“ der alten Universität befassten sich Heinz Monz und Emil Zenz 1968 bzw. 1971 jeweils im „Kurtrierischen Jahrbuch“, zweifelsohne unter dem Eindruck der damals errichteten Doppeluniversität Trier-Kaiserslautern.<sup>25</sup> Es ist in der Tat bemerkenswert, dass und mit welcher Vehemenz Trierer Honoratioren ihren neuen König schon bald nach dem Übergang des Rheinlandes an Preußen mit Forderungen nach der Wiedereinrichtung der Trierer Universität bedrängten: Der geistliche Publizist Edmund Graf von Kesselstatt überreichte den preußischen Delegierten – Fürst Hardenberg, Freiherr vom Stein und den Generälen von Knesebeck und Gneisenau – noch auf dem Wiener Kongress eine entsprechende Denkschrift mit Datum Wien, 31. März 1815.<sup>26</sup> Kaum war der Kongress förmlich beendet, reiste der soeben eingerichtete Stadtrat König Friedrich Wilhelm III. nach, um ihm ein Kommuniqué zu überreichen, in dem man Wünsche in Bezug auf die eigene Stadt äußerte, darunter auch die Wiedereröffnung der Universität. Nachdem man zu seiner Exzellenz nicht hatte vordringen können, versandeten die Dinge nach vorgeblicher Prüfung durch Kanzler Hardenberg.<sup>27</sup> Einen Monat

24 Das Folgende nach MOLITOR, Triers Bewerbung.

25 Vgl. MONZ, Gründe (1968) und ZENZ, Bemühungen (1971).

26 Druck bei BLAZEJEWSKI/LAUX/SCHWEISTHAL, Quellen, Nr. 47, S. 220–225.

27 Nach MONZ, Gründe, S. 256 mit Anm. 2.

später griff der als Jurist und Ratsmitglied rechtskundige Publizist Johann Baptist Michael Hetzrodt den Punkt in seiner Denkschrift „Ansprüche und Hoffnungen der Stadt Trier“ auf, die selbstständig gedruckt wurde und auch den Weg in die erste Ausgabe der „Trierischen Zeitung“ fand.<sup>28</sup> Am 11. August 1817 überreichte man König Friedrich Wilhelm III. anlässlich seines Besuchs in Trier in einer denkwürdigen Szene eine Petition: Deren erster Punkt beinhaltete die Bitte um eine „Landes-Constitution“, deren zweiter „Wünsche um Beybehaltung eines Ober-Landesgerichts und einer Landes-Universität“. Zur Begründung hieß es: „Der ausgezeichnete gute Ruf der Stadt Trier, die schöne und gesunde Lage derselben, ihr Ueberfluß an allem, was zum Leben nöthig und angenehm ist, der eiferige Geist für Studien, welcher da herrschet.“<sup>29</sup> Der preußische Staat richtete die gewünschte Landesuniversität jedoch nicht in Trier, sondern in Bonn ein, dessen Repräsentanten nicht weniger für ihre Stadt geworben hatten.<sup>30</sup> Bonn war zwar ähnlich wie Trier Residenz eines geistlichen Staats gewesen. Die unzweifelhaft günstiger gelegene Stadt am Rhein stand aber dank ihrer 1777 vom Landesherrn gegründeten kurkölnischen Akademie nicht im Ruch des Klerikalismus. Nicht Trier, sondern allenfalls das unterlegene Köln hätte sich nach Lage der Dinge um 1815 als Universitätsstandort Hoffnungen machen dürfen.

Für die nachfolgenden Jahrzehnte sind Belege für fortgesetzte Bemühungen um eine Universität in Trier nicht beigebracht worden, was allerdings unter dem Vorbehalt fehlender Spezialforschungen unter anderem zur Zeit des „Kulturkampfes“ steht. Erst Ende des Jahres 1910 wurde die Frage nach der Wiedererrichtung der Trierer Universität erneut aufgeworfen, als man sich in Frankfurt nach einem bereits längeren Vorlauf konkret anschickte, die Gründung einer Universität auf den Weg zu bringen. Die Entwicklungen in Frankfurt vor Augen, wollte man in der „Trierischen Zeitung“ bei der Errichtung einer zweiten preußischen Landesuniversität im Westen sogar in Konkurrenz zur Messestadt treten. Dieser Plan sei „nicht so phantastisch, wie er aussieht“: Denn in Trier, so heißt es, sei über drei Jahrhunderte hinweg „eine Universität im eigentlichen Sinne des Wortes“ gewesen. Über eine vergleichbare Tradition verfüge Frankfurt nicht. Berücksichtige man die „für ein gesundes wissenschaftliches Streben“ unverzichtbare Notwendigkeit einer „stets erfrischenden, heiteren Naturumgebung“, dann sei Trier ebenfalls im Vorteil. Gegenüber derlei Argumenten trat indes die Finanznot der Stadt Trier in den Vordergrund, die dringend einer neuen Einnahmequelle bedürfe. Derselbe Tenor erklang Anfang 1907 in der „Trierischen Zeitung“<sup>31</sup>: „Unzweifelhaft würde Trier mit einem Schlage zu einer ganz anderen Bedeutung gelangen, wenn es wieder eine Universität in seinen Mauern beherbergte.“

28 Druck bei BLAZEJEWSKI/LAUX/SCHWEISTHAL, Quellen, Nr. 48, S. 225–230.

29 Druck ebd., Nr. 49, S. 231–239, Zit. S. 236.

30 Vgl. maßgeblich RENGER, Gründung, Kap. I,1, S. 23–61.

31 Anonymer Artikel „Trier als Universitätsstadt“ vom 24.1.1907 in der „Trierischen Zeitung“ (entnommen aus StAT, Tb 19, 460). Das als „staatstreu und liberal“ eingeschätzte Blatt hatte von 1867 bis 1919 bestanden (Zit. FRANZ, Trierer und Bernkasteler Zeitungen, S. 22).

In der von wirtschaftlicher wie politischer Unsicherheit geprägten Zeit unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde der Wunsch nach Schaffung weiterer rheinischer Universitäten erneut wachgerufen, so auch in Trier. Ein weiterer Artikel in der „Trierischen Zeitung“ vom 23. Februar 1919<sup>32</sup> verweist auf die Misere der Stadt, die durch die Demobilisierung der preußischen Garnison als Folge des Friedens von Versailles entstanden sei. Eine Universität würde die Stadt beflügeln, könne aber nur in staatlicher Trägerschaft geführt werden, was in der jetzigen Situation unrealistisch sei: So liege die Universität, so sehr sie auch zur Aufrechterhaltung der geistigen Verbindungen nach Lothringen und dem Elsass wünschenswert wäre, außerhalb der Möglichkeiten – „es müsste sich denn irgendein verborgener Milliardär für Trier ins Zeug legen“.

In den späten Jahren der Weimarer Republik wurden Bestrebungen, in Trier eine Universität zu gründen, als Wunschvorstellung unter veränderten Vorzeichen laut. Dabei verbanden sich die Hoffnungen auf Strukturhilfe mit dem Kalkül zentrumsnaher bzw. auch klerikaler Kreise, vor Ort „eine rein katholische Universität“ zu etablieren. Diese sollte einen Gegenpol zum Nationalsozialismus bilden. Das Thema hatte besonders im Jahr 1930 Konjunktur in der Presse, möglicherweise auch bis unmittelbar vor der nationalsozialistischen Machtübernahme. Auslöser war ein Artikel in der „Trierischen Landeszeitung“ vom 2. August 1930 mit dem Titel „Wie kann Trier geholfen werden?“, der eine starke Resonanz erzeugte. Die veröffentlichende Zeitung war seit ihren Anfängen 1875, die auf den ultramontanen Verleger Georg Friedrich Dasbach (1846–1907) zurückgingen, ein dem konservativen, romnahen Katholizismus zugeneigtes Blatt gewesen.<sup>33</sup> Die Darstellung nimmt die prekäre, keine Verbesserung versprechende wirtschaftliche Struktur der Stadt zum Ausgangspunkt ihres Plädoyers, um erst dann auf die Selbstbehauptungsrechte des Katholizismus im preußischen Staat zu bestehen: „Trier könnte vor dem wirtschaftlichen ‚Absterben‘ bewahrt werden, wenn in seinen Mauern eine Frei (!) katholische Universität errichtet würde“. Dabei gelte es, an unumstößliche Traditionen anzuknüpfen. Diese seien – so die Anspielung auf die ersten Bischöfe im 3. und 4. Jahrhundert – schon darin begründet, dass nördlich der Alpen Trier und Lyon beanspruchen dürfen, „den Samen des Evangeliums“ zuallererst empfangen zu haben. So stelle der ungenannte Verfasser („A. M.“) fest, dass „in den Mauern der alten Treviris ... eine freie katholische Nikolaus-Cusanus-Universität die passendste und schönste Heimat finden“ würde. Darüber hinaus bejaht er die Aufgabe, „positiv und formkräftig an der Gestaltung großer deutscher Kulturideen“ mitzuwirken. Schließlich sei „diesem Volksstamme die unbezwingbare Kraft, die Hüter der bedrohten Westmark und das Bollwerk deutscher Kultur zu sein“, zutiefst zu eigen.

---

32 Anonymer Artikel „Trierer Allerlei“ in der „Trierischen Zeitung“ vom 23.2.1919 (entnommen aus StAT, Nachlass Laven, 4107).

33 Anfang 1943 musste die „Landeszeitung“ den Druck auf Veranlassung der NSDAP beenden. Die nach dem Krieg vom Paulinus-Verlag wieder aufgenommene Zeitung wurde 1974 aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt (vgl. PERSCH/SCHNEIDER, Beharrung, S. 577 [Verf. Michael Embach]).

Der Verfasser bediente sich demnach solcher Rhetoriken, die das soziale („Grenzlandnot“) ebenso wie das religiöse Empfinden („Kulturmission“) der Leserschaft anrührten. Damit kam nicht allein taktisches Verhalten zum Ausdruck, sondern ein auch in katholischen bzw. konservativen Kreisen verinnerlichtes nationales Ethos. Viele Katholiken lehnten den Nationalsozialismus bereits vor der Machtübernahme Hitlers zwar wegen der ihm zugesprochenen Gottesferne ab. Als Ausdruck von Patriotismus und Antwort auf die propagierte Schutzbedürftigkeit der Nation gegenüber antizipierten oder imaginierten Bedrohungen sahen sie in ihm aber auch etwa Edles und Entwicklungsfähiges. Als Beleg für die Aussage hat der Jesuit Friedrich Muckermann (1883–1946) zu gelten, der als Verleger und Publizist in der katholischen Presse in der Weimarer Zeit sehr präsent war. Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme trat er auch im Trierer Raum vor offenbar großem Publikum auf, wobei er in erster Linie Bolschewismus und Liberalismus geißelte.<sup>34</sup> Diese Verbindungen im mentalen Spektrum religiöser Volkstumsvorstellungen relativierten und berührten nicht den parteipolitischen Zweikampf zwischen dem Zentrum und der NSDAP, der durch die bevorstehende kombinierte Reichs- sowie Kommunalwahl am 14. September 1930 konkret aufgerufen wurde.<sup>35</sup> In Erörterung der vielfältigen Reaktionen auf die aufgeworfene „Universitätsfrage“ wollte die „Trierische Landeszeitung“ ihre Botschaften daher erklärtermaßen „den Völkischen und Nationalsozialisten ins Stammbuch“ geschrieben sehen. Einmal mehr wird ersichtlich, wie sehr man im katholischen Lager bemüht war, sich des Vorwurfs zu erwehren, man übe Verrat an Volk und Nation („Rom ist der Todfeind des deutschen Volkstums“).<sup>36</sup>

Sollte es zutreffen, dass, wie von kirchlicher Seite behauptet, die Vision einer Universität in Trier ein ausgesprochener Reizpunkt für völkische Kreise bzw. Zentrums-Gegner war, so ließe sich verstehen, dass es offizielle Gründungsinitiativen in nationalsozialistischer Zeit nicht gegeben hat. Die Aussage schließt indes nicht aus, dass es zumindest individuelle Bestrebungen gab, der Idee einer katholischen Universität in Trier die einer säkular-völkischen entgegenzusetzen. So nahm im August 1933 ein Pfarrer Follert aus Trier Ankündigungen des preußischen Kultusministers Rust (NSDAP) zur Neubegründung der Lehrerbildung im völkischen Geist zum Anlass, die herabgesun-

---

34 Vgl. KRIEGER, *Winzernot* 2, S. 404 über einen Auftritt Muckermanns in Bernkastel-Kues im Februar 1933. Die politisch-öffentliche Wirkung Muckermanns in der Region ist m.W. noch nicht erforscht worden. Muckermann war ebenfalls Anhänger der „Abendland“-Idee (s.u. Kap. V, B 2) in einer entschieden konservativen Auslegung. Als solcher prägte er die von ihm von 1920 bis 1934 herausgegebene literarische Zeitschrift „Der Gral“, die sich religiösen Volkstumsvorstellungen verpflichtet zeigte. Vgl. zu ihm GRUBER, *Friedrich Muckermann* S. J., hier S. 194–209: „Das Krisenjahr 1932“. Muckermann thematisierte seine konkreten Auftritte „Im Kampf gegen Hitler“ in seinen autobiographischen Aufzeichnungen allerdings kaum (vgl. MUCKERMANN, *Kampf*, hier S. 524–573).

35 Vgl. zum Hintergrund in Stadt und Region KRIEGER, *Winzernot* 1, S. 506–517.

36 Vgl. den Artikel „Das Echo zur Trierer Universitätsfrage“ in der Beilage der TLZ Jg. 56, Nr. 195, vom 23.8.1930.

kene Grenzstadt Trier für eine Universität zu empfehlen.<sup>37</sup> Von größerer Tragweite in diesem Zusammenhang erweist sich eine 1942 inmitten des Krieges entstandene, mehrteilige Denkschrift zur Trierer Universität.<sup>38</sup> Ihr Verfasser war Alexander Röder (1902–1979), Leiter der Trierer Stadtbibliothek und nach den Worten von Reinhard Bollmus „einer der führenden Nationalsozialisten Triers im kulturpolitischen Bereich“.<sup>39</sup> Röder monierte in seiner Schrift das Fehlen einer akademischen Forschungsstätte im Trierer Umland, wo „ein raumbundener Kristallisationspunkt“ erforderlich sei. Die von ihm behauptete „Sonderstellung, die das Moselland mit Luxemburg und den benachbarten volksdeutschen Gebieten“ besitze, unterstellte die Germanizität des grenzüberschreitenden Raums. Angesichts des deutschen Überfalls auf das Land im Mai 1940 war das mit einem Hegemonialanspruch gleichzusetzen. Röder kannte die stets um „Kulturräume“ und „-ströme“ kreisenden Leitmotive der „Westforschung“, die im Rheinland im 1920 gegründeten „Institut für Geschichtliche Landeskunde“ an der Universität Bonn ihr geistiges und institutionelles Zentrum besaß. Da aber ein „Zentral-Institut für die Rheinlande“ den Gegebenheiten an der Mosel nicht hinlänglich Rechnung tragen könne, bot sich für Röder Trier als wissenschaftlicher Standort an. Er wollte damit den Anstoß geben zu einem „Landeskundlichen Institut des Mosellandes, das schon als eine Vorstufe einer späteren Universität angesehen werden darf“. Röders Plan weist eine Reihe von begrifflichen Stereotypen auf, aber noch keine Programmatik im Sinne jener raumforschenden Geisteswissenschaften, die nicht nur im metaphorischen Sinne zum Kriegseinsatz eingerückt waren. Zunächst einmal wird es dem 1932 in Erlangen promovierten Kunsthistoriker Röder darum gegangen sein, sich selbst als gesinnungstreuen Vordenker in einem aus NSDAP-Sicht feindlichen Umfeld zu empfehlen. Seine Vision, eine „landschaftsgebundene Universität mit über die jetzige Volkstumsgrenze vorstossenden Arbeitsbereichen“ zu etablieren, resultierte sicher aus persönlichen Motiven: Als Leiter der Trierer Bibliothek, die er in seinem Gutachten zu einer „Grossbibliothek“ ausgebaut sehen wollte, verfolgte er Karriereinteressen, die sich durch die Übertragung der kommissarischen Leitung der Landesbibliothek Luxemburg 1943 zu erfüllen schienen. Es ist davon auszugehen, dass Röder an der Seite des Trierer Museumsleiters Walter Dieck (1896–1985) eine führende Rolle auch bei der Einrichtung des geplanten „Großmuseums der Deutschen Westmark“ spielen wollte. Dieses sollte einen Kontrapunkt zum katholischen Bischofssitz bilden und somit dazu beitragen, die mentalen Bindungen der Bevölkerung gegenüber dem Katholizismus zu lockern.<sup>40</sup>

37 Artikel im „Trierer Nationalblatt“ vom 24.8.1933, hier entnommen aus StAT, Nachlass Laven, 4107. Das „Nationalblatt“ war die Propagandazeitung der NSDAP im Gau Koblenz-Trier. Die Identität von „Follert“ ließ sich nicht nachweisen. Es könnte sich um Nikolaus Follert (1861–1939), Pfarrer in Oberemmel, gehandelt haben.

38 Denkschrift vom 29.5.1942 in: StAT, Tb 42, 104. Die Akte enthält ein beipflichtendes Schreiben des Heimat- und Mundartforschers Hermann Spoo an Röder vom 14.5.1942.

39 Zit. BOLLMUS, Trier, S. 582.

40 Vgl. dazu LEUCHTENBERG, Das Städtische Museum Trier, S. 321–324.

Ob Röders Ideen in Trier zu fortgeschrittener Kriegszeit noch Unterstützung fanden, ist ungewiss. Dass er als Souffleur volkstumpolitischer Phrasen Gehör fand, ist vorauszusetzen: Nur zwei Tage nach Datum der Denkschrift, am 31. Mai 1942, warb Bürgermeister Konrad Gorges (1898–1968) in Anwesenheit des Gauleiters Gustav Simon für eine Universität, die „den gesamtmoselfränkischen Raum zu einer geistigen Einheit im Sinne unserer nationalsozialistischen Weltanschauung zusammenschweißen“ könne.<sup>41</sup> Von solchen Plänen Simons, eines nationalsozialistischen Funktionärs ohne intellektuelle Ambitionen, ist jedoch nichts bekannt. Zu Röder bleibt zu sagen, dass er, anders als Dieck, nach Kriegsende nicht mehr in seine Dienststelle eingesetzt werden sollte.<sup>42</sup> Als Propagandist von Universitätsplänen trat er nach 1945 nicht mehr in Erscheinung.

### 3. Die Stadt und ihr Umland nach Kriegsende

Infolge des Rückzugs der deutschen Truppen hinter den „Westwall“ gegen Ende August 1944 wurde Trier mehr und mehr in die schweren militärischen Auseinandersetzungen der Kriegsendphase hineingezogen. Auf den amerikanischen Vormarsch im Aachener Raum folgte die „Ardennenoffensive“, die Trier wie andere grenznahe Städte im Übergang der Jahre 1944/1945 unmittelbar an die Front heranrücken ließ.<sup>43</sup> Nach dem ersten Flächenbombardement<sup>44</sup> am 14. August 1944 war die Stadt ab dem 25. Oktober 1944 auf Anordnung des Gauleiters Simon geräumt worden, noch bevor der Befehl dazu von höherer Stelle erging. Dennoch hinterließen die britischen und amerikanischen Bombenangriffe am 19., 21. und 23. Dezember 1944 mindestens 420 Tote. Die Zahl der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungen ist kaum zu ermessen und erfordert noch heute in Bezug auf die einzelnen Verfolgungsgruppen ebenso wie der individuellen und institutionellen Täter eine minutiöse Rekonstruktionsarbeit, die bei Weitem noch nicht in der Breite erfolgt ist.<sup>45</sup> Von einer erschöpfenden Aufarbeitung der Verfolgung von Jüdinnen

41 Zitiert aus dem „Trierer Nationalblatt“ nach BOLLMUS, Trier, S. 540 mit Anm. 54.

42 Vgl. zu ihm bislang nur TBL, S. 375–376. Röders intellektuelle und institutionelle Involvierung in die völkische Grenzraumforschung ist plausibel, aber noch nicht Gegenstand von Spezialstudien geworden (vgl. zu den Aktivitäten deutscher Geisteswissenschaftler in Luxemburg FAHLBUSCH, Deutschtumpolitik, S. 632–638 mit Erwähnung Röders S. 632, Anm. 192; zu seiner Amtsführung als Leiter der Stadtbibliothek in der NS-Zeit BISSELS, Stadtbibliothek).

43 Vgl. DÜWELL, Trier und sein Umland; BOLLMUS, Trier, S. 584–587.

44 Vgl. WELTER, Luftangriffe (2005); DERS., Trier 1939–1945.

45 Vgl. die unlängst (2019) erschienene Arbeit von KLEIN, NS-„Rassenhygiene“. Die Studie entstand im Umkreis des Projekts „Gestapo“ unter Leitung von Dr. Thomas Grotum an der Universität Trier. Vgl. zuletzt GROTH, Gestapo Trier (2018).



*Abb. 2: Die zerstörte Konstantinbasilika bzw. Evangelische Kirche zum Erlöser (Foto der frühen Nachkriegszeit).*

und Juden in Stadt und Region kann über die Ermittlung der äußeren Dimensionen hinaus ebenfalls noch nicht gesprochen werden.<sup>46</sup>

Beim amerikanischen Einmarsch in der Nacht vom 1. auf den 2. März 1945 sollen gerade einmal 3.000 von im Herbst 1944 zuvor 82.000 Menschen in der Stadt gewesen sein.<sup>47</sup> Einen Großteil davon machte das abgeordnete Personal zur Notversorgung der Verletzten, zur Bergung der Leichen und zur Umsetzung rudimentärer administrativer Aufgaben aus. Wie in den anderen größeren Städten des späteren Bundeslandes auch, nahm die Zahl der Menschen in Trier durch die tagtägliche Rückkehr der Geflüchteten enorm zu: Von nur 300 bis 400 Personen bis Mai sollte sie sich auf ca. 20.000 erhöhen und im Januar 1946 bei wieder rund 58.000 liegen. Die Stadt galt zu 41% als zerstört, darunter waren rund 1.600 völlig vernichtete und noch viel mehr schwer beschädigte Häuser.<sup>48</sup> Da Trier weitenteils weder bewohn- noch begehbar war, hatte die französische Militär-

---

46 NOLDEN, Verfolgung, S. 275 beziffert die Zahl der Deportierten aus der Stadt Trier und den Landkreisen Trier und Saarburg (damalige Altkreise) einschließlich der 78 bis 1940 geflüchteten, aber in den überfallenen Staaten ergriffenen Jüdinnen und Juden auf 523. Vgl. auch ZENZ, Stadt Trier, S. 307–313.

47 So die Schätzung in einem Artikel in der TVZ, Jg. 3, Nr. 67, vom 25.8.1948. Zu diesem Zeitpunkt galten nach Aussage des Artikels noch 1.400 Soldaten als vermisst und weitere 1.500 in Kriegsgefangenschaft. 7-8.000 Trierer würden, so sei zu hoffen, „in absehbarer Zeit zurückkehren“. Ein Jahr später bemerkte die TVZ, von den Kriegsgefangenen erwarte man nur noch höchstens 400 Rückkehrer.

48 Vgl. ZENZ, Stadt Trier, S. 441–443.



Abb. 3: Hauptmarkt mit Areal der kriegszerstörten Steipe (Foto der frühen Nachkriegszeit).

verwaltung anfangs sogar die Ausweisung Tausender Stadtbewohner erwogen, um dann ein Zuzugsverbot zu verhängen. Dieses blieb aber wirkungslos.<sup>49</sup> Erst im Oktober 1948 galt die Trümmerbeseitigung nach bis dahin dreieinhalbjähriger Wegschaffung von rund 100.000 Kubikmetern Schutt als abgeschlossen. Auf den zahlreichen Privatgrundstücken selbst in Innenstadtlage war dies noch lange nicht der Fall.<sup>50</sup>

Doch wie wollte man in die Stadt gelangen und sich in ihrem Umkreis bewegen? Die Zerstörung der Schienenverkehrswege im Bereich der Eisenbahndirektion Trier war mit 83% der zuvor befahrbaren Strecken die höchste im bald gegründeten Land Rheinland-Pfalz, wobei sich wie auch im Straßenverkehr der Ausfall zahlloser Brücken als sehr hinderlich erwies.<sup>51</sup> Somit galt der Anschluss der „Verkehrinsel im Westen“ als das „Grundproblem der schweren Gegenwart“.<sup>52</sup> Zwar wurden nacheinander die Eisenbahnverbindungen über Konz nach Saarbrücken<sup>53</sup>, nach Koblenz und zuletzt nach Köln bis Ende 1946 wieder aufgenommen. Die Möglichkeiten des Personen- und vor allem auch des Warentransports blieben jedoch sehr eingeschränkt. Die „Trierischen Nachrichten“ hoben in einer umfangreichen Bestandsaufnahme der unmittelbaren Nachkriegssituation hervor, wie stark

49 So u.a. ROTHENBERGER, Hungerjahre, S. 117.

50 Vgl. den Artikel in der TVZ, Jg. 3, Nr. 85, vom 6.10.1948.

51 Vgl. ROTHENBERGER, Hungerjahre, S. 44–49.

52 Vgl. BREITBACH, Ära Friedrich Breitbach, S. 244 bzw. 255.

53 Vgl. anlässlich der Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung nach Saarbrücken die TVZ, Jg. 1, Nr. 37, vom 13.8.1946 („Triers Insellage überwunden“).



Abb. 4: Zerstörtes „Hindenburg-Gymnasium“ und Hochbunker (Foto der frühen Nachkriegszeit).

Trier im Gegensatz zu anderen Städten von den Zerstörungen seines Umlandes betroffen sei.<sup>54</sup> In der Tat war in den letzten Kriegsmonaten unter anderem der südlich vorgelagerte Hochwald, von dem aus die 10th Armored Division der 3. US-Armee gegen die Stadt vorrückte, in schwerste Kämpfe verwickelt gewesen.<sup>55</sup> Der sich nach 1945 auswirkende Gegensatz zwischen den versorgungsbedürftigen Städten und den weitgehend auf Selbstversorgung setzenden ländlichen Regionen war im Falle Triers per se stark ausgeprägt, hatte die Stadt doch schon vor dem Krieg als vergleichsweise abhängig von Lebensmittelfuhrungen gegolten.<sup>56</sup> „Die Bauern wehren sich mit Händen und Füßen und Mistgabeln gegen die zwangsweise Herausholung von Vieh aus den Ställen“, hieß es in diesem Zusammenhang in einer Stadtverordnetenversammlung gegen Ende Januar 1947.<sup>57</sup> In Trier zeigten sich die Verwaltungsspitzen 1947 und 1948 infolge der massiven Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung ausgelastet, wenn nicht sogar überfordert.<sup>58</sup> Zuweilen tritt in den städtischen Akten bei aller hervorgekehrten Zuversicht fast Verzweiflung hervor, etwa in Erwartung des nahenden Winters 1946/1947.

54 „Trierische Nachrichten“ vom 19./20.1.1946, hier in der Wiedergabe bei BREITBACH, Ära Friedrich Breitbach, S. 254–256.

55 Vgl. etwa die auf Zeitzeugenbefragungen basierende Studie zum Osburger Hochwald von BLASUM/BONERT, Gefallene Festungen.

56 Vgl. u.a. HEIL, Gemeinden, S. 337–358; ROTHENBERGER, Hungerjahre, S. 99–101.

57 StAT, Tc 6, 6, Zit. S. 11.

58 Vgl. die Berichte des Regierungspräsidenten Steinlein bei BROMMER, Quellen, u.a. Nr. 24, 31, 38, 91, 141, 153, 183.



*Abb. 5: Blick auf die zerstörte Stadt über den Viehmarkt (Bildflug der US-Luftwaffe vom 7.5.1945).<sup>59</sup>*

---

59 Das Foto wurde am Vortag der Kapitulation Nazi-Deutschlands, am 7.5.1945, von der 7th Photographic Reconnaissance Group der 8. US Air Force aufgenommen (Duplikat im Stadtarchiv Trier). Es zeigt die zerstörte Innenstadt in südwestlicher Schrägansicht über den Viehmarkt hinweg. Das Areal zwischen Fleischstraße und Brotstraße wies den offenbar höchsten Zerstörungsgrad in Trier auf (vgl. auch BESELER/GUTSCHOW, *Kriegsschicksale*, S. 995 mit dem dort abgebildeten historischen

Eine der frühesten Maßnahmen auf dem Weg zur Normalität war die Wiederaufnahme des Schulbetriebs. Nachdem den Regierungspräsidenten auferlegt worden war, „die Schuljugend von der Straße verschwinden zu lassen“, wurde der Unterricht an den 16 Volks- und 6 höheren Schulen auch in der Stadt und im Landkreis Trier am 1. Oktober 1945 begonnen.<sup>60</sup> Die höhere Schulbildung in Trier – ein in der stadtgeschichtlichen Forschung arg vernachlässigtes Thema<sup>61</sup> – war über die Frühe Neuzeit hinweg bis ins 19. Jahrhundert dem alten Trierer Gymnasium zugefallen, das den Jesuiten bis zur Aufhebung des Ordens 1773 unterstand. Es firmierte seit 1858 als „Königliches Gymnasium“, seit 1896 als das heutige „Friedrich-Wilhelm-Gymnasium“ („FWG“). Die Vorzugsstellung dieser höheren Schule in Stadt und Umland fand ab den 1820er Jahren, also zu Beginn der preußischen Zeit, durch die Einrichtung sogenannter Realgymnasien ein Ende. Rund hundert Jahre später, 1930, existierten für Jungen neben dem FWG ein 1917 nach Paul von Hindenburg benanntes Realgymnasium (das heutige „Humboldt-Gymnasium“) und das 1896 als solches bezeichnete „Kaiser-Wilhelm-Gymnasium“ (heute „Max-Planck-Gymnasium“). Zum Abitur für Mädchen führte seit 1879 die später verstaatlichte und umbenannte „Auguste-Viktoria-Schule“, daneben das „Angela-Merici-Gymnasium“, damals noch unter der Leitung der Ursulinen. Im Bereich der Erwachsenenbildung begann der Lehrbetrieb am „Christlichen Bildungswerk“<sup>62</sup> zum 16. Oktober 1946, am „Institut Français“<sup>63</sup> am 20. Januar 1947 und, mit großem Zulauf, an der Volkshochschule<sup>64</sup> am 30. Januar 1947. Auf die genannten Einrichtungen wird an anderer Stelle zurückzukommen sein.

Neben dem Bildungs- wurde auch das Kulturangebot in Trier mit bemerkenswerter Tatkraft wieder in Bewegung gesetzt, wenngleich von den äußeren Formen nicht ohne Weiteres auf Qualität und Vielfalt zu schließen ist: Das Stadttheater<sup>65</sup> nahm den Betrieb schon zum 6. Oktober 1945 auf, das Städtische Orchester<sup>66</sup> zur Spielzeit 1946/1947. Vom 22. September bis 12. Oktober fanden in Verbindung mit der französischen Besatzungsverwaltung offenbar sehr erfolgreiche Trierer Kulturwochen<sup>67</sup> statt, Mitte Juni 1947 eine

---

„Zerstörungsplan“). Im oberen Bildbereich links die in Teilen zerstörte Pfarrkirche St. Gangolf, rechts

60 Vgl. den Bericht der Stadtverordnetenversammlung vom 15.9.1946 (StAT, Tc 100, 103, S. 39), die TVZ, Jg. 3, Nr. 80, vom 24.9.1948 („Stadt der Schulen“), ferner das Protokoll der Besprechung der Regierungspräsidenten Boden (Koblenz) und Steinlein (Trier) mit General Billotte am 22.8.1945 bei BROMMER, Quellen, Nr. 26, S. 62–83, hier S. 76–80, Zit. S. 77. Vgl. auch die Tätigkeitsberichte Steinleins vom 15.9. u. 13.10.1945 bei BROMMER, Quellen, Nr. 31, S. 91–94, hier S. 93 u. Nr. 38, S. 105–108, hier S. 105; ROTHENBERGER, Krieg, S. 82; ZENZ, Stadt Trier, S. 452–454.

61 Vgl. ZENZ, Stadt Trier, S. 395–397.

62 Vgl. ebd., S. 457.

63 S.u. Kap. VIII, 1.

64 Vgl. BOHR, Trierer Volkshochschule, mit Details zum Lehrangebot; ZENZ, Stadt Trier, S. 457–458.

65 Vgl. ZENZ, Stadt Trier, S. 427 u. 454–456; MONZ, Aufbaujahre, S. 38–43.

66 Vgl. MONZ, Aufbaujahre, S. 43–44.

67 Vgl. die Presseberichterstattung in der TVZ, Jg. 1, u.a. vom 24.9.1946 (Nr. 49) u. 18.10.1946 (Nr. 56).

„Woche moderner Kunst“<sup>68</sup> im Treverissaal. Das Stadtmuseum<sup>69</sup> begann 1947 wieder mit Sonder- bzw. Wechselausstellungen, während das Rheinische Landesmuseum<sup>70</sup>, das die schwersten Kriegsschäden verzeichnete, erst wieder 1956 öffnen sollte. Über die Anteilnahme an höherer wie populärer Kultur kann an dieser Stelle leider nichts berichtet werden, weil sich hierfür in der Forschung so gut wie keine Anhaltspunkte bieten. Eine Auswertung der städtischen Presse würde sich auch in dieser Hinsicht sehr empfehlen.

---

68 TVZ, Jg. 2, u.a. Nr. 41, vom 7.6.1947 u. Nr. 44 vom 17.6.1947 u. Nr. 46 vom 24.6.1947.

69 Vgl. die allerdings nicht präzisen Angaben bei ZENZ, Stadt Trier, S. 458.

70 Vgl. MERTEN, Leben, S. 98–100.